

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Haushalt 2023 – Für ein starkes Saarland: Zukunftssichere Kommunen, gute Bildung, mehr Sicherheit

Der Landtag des Saarlandes wolle beschließen:

Der Saarländischer Weg ist ein Erfolgsmodell. Er setzt auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz bei der Beantwortung der Herausforderungen, vor denen das Saarland steht. Er setzt auf ein partnerschaftsorientiertes Handeln aller gesellschaftlich relevanten Gruppen im Saarland. Problemstellungen werden im Miteinander, nicht im Gegeneinander gelöst. Der früheren CDU-geführten Landesregierung ist es so gelungen, den Weg zum ausgeglichenen Haushalt erfolgreich zu beschreiten.

Die Antwort der SPD auf die großen Herausforderungen besteht heute darin, mit ihrem Drei-Milliarden-Schuldenfonds neue Schulden in nie bekanntem Ausmaß zu machen. Es besteht die Gefahr, dass die Landesregierung das Saarland in einen Teufelskreis der Überschuldung führt.

Die SPD-geführte Landesregierung legt darüber hinaus für 2023 einen Haushalt der enttäuschten Erwartungen vor. Sie hat es versäumt, viele der im Wahlkampf versprochenen Projekte im Haushalt 2023 abzubilden.

Die CDU-Landtagsfraktion setzt folgende Schwerpunkte im Haushalt 2023:

Zukunftssichere Kommunen

Unsere saarländischen Kommunen befinden sich derzeit in einer sehr angespannten Lage: Seit dem Ausbruch des russischen Angriffskriegs in der Ukraine erreichen tausende flüchtende Menschen das Saarland und werden auf die Kommunen verteilt. In den Kommunen müssen Unterkünfte organisiert werden, um alle Menschen unterbringen zu können. Dies stellt sowohl organisatorisch als auch finanziell eine enorme Herausforderung für die Kommunen dar. Gleichzeitig befinden wir uns mitten in der Energiekrise, in der Strom- und Heizkosten enorm ansteigen.

Kommunen und Land sind eine Schicksalsgemeinschaft. Diesem Bekenntnis müssen Taten folgen. In einem ersten Schritt wollen wir von den 500 Millionen Mehr an Steuereinnahmen des Landes in 2022 die Städte und Gemeinden profitieren lassen.

Durch ein Programm „Investitionsoffensive Grundschulen“ wollen wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden den Zustand unserer Grundschulen nicht bloß energetisch zügig verbessern, sondern eine grundlegende Sanierung ermöglichen.

Mehr Sicherheit

Unser Land steht vor großen Herausforderungen bei der Gefahrenabwehr und der Durchsetzung von Recht und Ordnung. Hier reicht das Aufgabenfeld von der Sicherheit im eigenen Zuhause über die Bekämpfung organisierter Kriminalität und terroristischen Bedrohungen bis hin zur Verfolgung von Straftaten in den digitalen Medien.

Um diesen Herausforderungen entgegentreten zu können, muss eine Grundvoraussetzung erfüllt sein: es müssen ausreichend Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in den saarländischen Dienststellen zur Verfügung stehen. Die Arbeitsbelastung in der saarländischen Polizei wird derzeit immer höher und die Nachwuchsgewinnung gleichzeitig zunehmend schwieriger. Mit weniger als 2300 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die aktuell im Saarland Vollzeit zur Verfügung stehen, besteht akuter Bedarf für eine Erhöhung der vorgesehenen Anzahl an Anwärterinnen und Anwärter für das Haushaltsjahr 2023. Um in den nächsten Jahren eine signifikante Steigerung zu erreichen, muss deren Anzahl dringend auf 150 erhöht werden. An dieser Stelle hat die SPD Ihr Wahlversprechen klar gebrochen.

Handlungsfähigkeit der saarländischen Krankenhäuser stärken

Unsere Krankenhäuser im Land stehen vor großen Herausforderungen. Die steigenden Betriebskosten verschlingen einen großen Teil der Liquidität der Häuser und schmälern den Kapitalkorridor für dringend notwendige Investitionen. Hier wollen wir eine Signalinvestition tätigen, um den Krankenhäusern auch künftig die Handlungsfähigkeit zurückzugeben, finanzielle Gestaltungsräume zu öffnen und mit einem Kapitalpuffer die nötigen Anschubinvestitionen zu ermöglichen, die nicht nur die fortschreitende Digitalisierung in den Krankenhäusern notwendig machen.

Das sind wir den Menschen in unserem Land schuldig, weil eine gute Versorgung im Gesundheitsbereich unabdingbar ist. Aktuell zeigt uns die Situation auf den Kinderintensivstationen, was eine Vernachlässigung der Krankenhäuser nach sich zieht. Krankenhauspolitik ist Daseinsvorsorge. Hier gilt es, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Deshalb wollen wir den eingerichteten Sonderfonds für Krankenhäuser mit 20 Millionen Euro stärken, damit auch künftig in unserem Land die Krankenhausversorgung sichergestellt ist und die Menschen eine gute Betreuung haben.

Jobcenter stärken - Wege in Arbeit finanzieren

Gerade wir hier an der Saar wissen aufgrund unserer Heimat und Herkunft, wie wichtig Arbeit ist. Wir als CDU wollen Brücken in Arbeit und Teilhabe finanzieren und keine Arbeitslosigkeit. Es ist absurd, dass die Bundesregierung mit ihren ursprünglichen Plänen zum sogenannten Bürgergeld Arbeit entwerten wollte. Der im Bundesrat gefundene Kompromiss ist richtig und hat gezeigt, wem Anerkennung von Lebensleistung und der Wert von Arbeit wirklich wichtig ist. Mit dem Landesprogramm „Arbeit für das Saarland“ hat die frühere CDU-Landesregierung eine echte Erfolgsgeschichte gestartet. Wir wollen u.a. mit diesem Programm, aber auch darüber hinaus Wege in Arbeit finanzieren, um den Einzelnen nach seinen Talenten und Fähigkeiten zu fördern. Die Kürzungen des Bundes bei den Jobcentern wird negative Folgen für Arbeit im Saarland haben. Wo der Bund bei den Menschen kürzt, müssen wir als Saarland

versuchen entgegen zu steuern, damit die Menschen hier bei uns daheim nicht den Preis für die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung zahlen müssen.

Gute Bildung - Fachkräftereserve für alle Schulformen und Kindertagesstätten

Eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung kann nur bei ausreichender Personalisierung mit ausgebildeten Fachkräften in möglichst kleinen Lern- und Betreuungsgruppen gelingen. Die Realität in der Bildungs- und Betreuungssituation sieht jedoch im Saarland deutlich anders aus, wie wir nicht zuletzt durch die zahlreichen Brandbriefe von Schulen, Lehrerschaft, Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Kindertagesstätten wissen. In allen Schulformen kommt es – gerade in Corona-Zeiten - zu starken Unterrichtsausfällen durch Erkrankung von Lehrkräften. Klassen müssen zusammengelegt, fachfremd unterrichtet werden oder Stunden fallen ganz aus. Die Situation an Kindertagesstätten ist noch dramatischer. Im Saarland ist die durchschnittliche Gruppengröße in Krippe und Kita im Vergleich aller Bundesländer schon sehr groß, in der gelebten Praxis aber bedingt durch die Krankheitsausfälle unverantwortlich hoch. Unsere Kindertagesstätten drohen zu reinen „Verwahranstalten“ für Kinder zu werden, wie man den vielen Brandbriefen entnehmen kann. Der in den ersten Lebensjahren so wichtige Bildungsauftrag kann praktisch aufgrund der extremen Personalengpässe nicht mehr umgesetzt werden.

Gute Bildung für die nachfolgenden Generationen ist eines unserer Hauptanliegen:

Daher fordern wir die Einrichtung einer Fachkräftereserve für alle Schulformen und Kindertagesstätten aus Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern. Damit wird in einem ersten Schritt gewährleistet, dass in Zeiten von großen Krankheitswellen trotzdem eine hochwertige Bildung und Erziehung in Kitas und Schulen sichergestellt werden kann.

Wir fordern daher fünf Mio. Euro in den Haushalt einzustellen, um diesen Stellenpool aufzubauen. Diese Reserve soll aber auch in Zeiten von geringeren Personalausfällen eingesetzt werden, um die qualitative Arbeit in Kitas und Schulen zu stärken.

Denn eine gute Bildung unserer Kinder - vom Kindergartenalter an, wo der Grundstein gelegt wird, durchgehend durch die gesamte Schulzeit bis zum erfolgreichen Bildungsabschluss - ist uns ein hohes Gut und Garant für die Zukunftsfähigkeit des Saarlandes.

Gründerförderung durch Saarland-Innovations-Fonds: privates Geld für den Strukturwandel aktivieren

Für die erfolgreiche Transformation unserer Wirtschaft sind gerade auch Innovationen wichtig. Dazu brauchen wir Unternehmensgründungen und Startups. Sie sorgen für neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze, führen zur Diversifizierung der Saarwirtschaft und sind somit der wesentliche Treiber von Strukturwandel. Gezielte Investitionen in talentierte Gründerinnen und Gründer, gezielte Investitionen in Startups geben dafür die notwendigen Impulse.

Wir fordern deshalb einen Saarland-Innovations-Fonds, der noch in der laufenden Legislaturperiode 500 Mio. Euro Innovation durch Gründung generieren kann, indem das Land pro Jahr 25 Mio. Euro über vier Jahre aus dem Kernhaushalt bereitstellt. Mit diesen 100 Mio. Euro aus öffentlichen Mitteln können durch 400 Mio. Euro aus privaten Mitteln, also insgesamt 500 Mio. Euro für Gründungen mobilisiert werden – ein wesentlicher Schub für die Innovationsförderung im Saarland.

Saarländisches Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz

Die SPD-Landesregierung hat nun bereits mehrfach die Erarbeitung eines Saarländischen Klimaschutzgesetzes angekündigt, bislang aber nicht geliefert. Daher haben wir als CDU-Fraktion im saarländischen Landtag ein Eckpunktepapier mit konkreten Forderungen zu einem saarländischen Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz erarbeitet.

Das Saarland steht durch die unabweisbare und dringlicher werdende Notwendigkeit der Bekämpfung des Klimawandels und der Anpassung an seine Folgen vor ökologischen und ökonomischen Herausforderungen.

Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen erfordern somit umgehend eigene Anstrengungen des Landes sowie eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Kommunen mit dem Ziel der Treibhausgasneutralität sowie der Klimaresilienz. Neben der Erarbeitung einer Klimaanpassungsstrategie durch das Land sollen die Mittel zur Umsetzung der Ziele eines zu schaffenden „Saarländisches Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz“ dienen.

Energieeffizienz steigern mit Austauschprogramm für Ölheizungen

Niedrige Energiekosten sind der entscheidende Standortfaktor für den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland und insbesondere Saarland. Um die in kurzer Zeit exorbitant gestiegenen Energiekosten für die saarländischen Eigenheimbesitzer und Mieter abfedern zu können, sind u.a. Maßnahmen zur Energieeffizienz notwendig. Hier wollen wir ein Förderprogramm auflegen, mit dem wir den Saarländerinnen und Saarländern das Angebot eines unbürokratischen Austauschprogramms für Ölheizungen machen.

Im Saarland gibt es mit schätzungsweise 90.000 Anlagen noch eine beträchtliche Anzahl alter Ölheizungen, die für einen erheblichen Anteil klimaschädlicher CO₂-Emissionen im Saarland verantwortlich sind. Gerade bei älteren Heizungsanlagen gehen bis zu 30% des Energieverbrauchs ungenutzt verloren. Veraltete, überdimensionierte Heizungen, mangelhafte Regelungen, ungedämmte Verteilleitungen und viele andere Mängel sind dafür verantwortlich. Gerade im ländlichen Raum gibt es in vielen Ein- und Zweifamilienhäusern diese Art von Heizungsanlagen.

Förderung von Photovoltaik zur Erreichung der Klimaschutzziele

Neben der Steigerung der Energieeffizienz ist ein engagierter Ausbau Erneuerbarer Energien unerlässlich, wenn wir die europäischen und nationalen Klimaschutzziele erreichen wollen und spätestens 2045 klimaneutral leben möchten. Dabei legen wir als CDU einen besonderen Fokus auf den notwendigen und sinnvollen Ausbau der Photovoltaik.

Wir wollen private PV-Anlagen auf Dächern von Gebäuden im Saarland fördern. Die Fördersumme richtet sich dabei nach der Größe der Anlage. Beim Bau neuer Photovoltaikanlagen in privaten Wohngebäuden soll außerdem der Einbau eines PV-Batteriespeichers unterstützt werden.

Verkehrssicherheitsprogramm „Unser Stroß im Dorf“

Die Landesregierung hat in 2022 ein Verkehrssicherheitsprogramm für das Saarland erarbeitet. Zur Umsetzung konkreter Maßnahmen fordern wir die entsprechenden Mittel in den Haushalt aufzunehmen, was die SPD-Landesregierung bisher versäumt hat. Eine konkrete Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit insbesondere in innerörtlichen

Durchgangsstraßen soll das Projekt „Unser Stroß im Dorf“ sein. Mit dem Projekt wollen wir Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit und des Lebenswerts innerörtlicher Durchgangsstraßen in Zusammenarbeit mit den Kommunen verwirklichen.

Mehr Personal im Bereich der Justiz

Mit dem Pakt für den Rechtsstaat konnte in den letzten Jahren bereits dringend notwendiges, zusätzliches Personal in der saarländischen Justiz eingestellt werden. In der Justiz herrscht jedoch nach wie vor Personalmangel.

Daher muss der Bund die Länder dringend mit weiteren Mitteln in einem Pakt für den Rechtsstaat 2.0 unterstützen: Hierbei müssen im Saarland mindestens zwölf weitere Richterstellen sowie zusätzliche Stellen für die Geschäftsstellen geschaffen werden.

Für den Haushalt 2023 wollen wir daher als Land vorangehen und die vorgesehenen personellen Aufwüchse im Haushaltsentwurf 2023 bereits nach oben korrigieren. In der Besoldungsgruppe R1 soll die Anzahl der Planstellen bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie bei den Richterinnen und Richtern am Amtsgericht um vier erhöht werden. Aber nicht nur dort, sondern auch im Bereich der Tarifangestellten herrscht Personalbedarf. Insbesondere im Hinblick auf die Einführung der E-Akte sowie in den Geschäftsstellen der Gerichte muss ebenso nachpersonalisiert werden. Aus diesem Grund sollen die Planstellen auch hier um vier weitere erhöht werden.